

SATZUNG DER SCHÜTZENGESELLSCHAFT BLUMBERG 1911 E.V.



Januar 2010

§ 1 Name und Sitz des Vereins

Der Verein führt den Namen „Schützengesellschaft Blumberg 1911 e.V.“ mit Sitz in 78176 Blumberg. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Donaueschingen unter der Nummer VR 176 eingetragen.

Der Verein ist Mitglied im Südbadischen Sportschützenverband e.V. in Offenburg.

§ 2 Wirtschaftlicher Zweck des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich unmittelbar „gemeinnützige Zwecke“ im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung“. Zweck des Vereines ist die Pflege und Ausübung des Schießens auf sportlicher Grundlage, die Abhaltung von Veranstaltungen schießsportlicher Art, sowie die Förderung der körperlichen und seelischen Gesundheit seiner Mitglieder. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Etwaige Überschüsse sind zweckbestimmt zur Erfüllung der Vereinsaufgaben zu verwenden. Mittel des Vereines dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es sei denn aufgrund von Beschlüssen der Vorstandschaft oder aufgrund rechtsgültiger Verträge. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Das Amt für Vorstandsmitglieder wird grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt. Der Vorstand kann abweichend davon, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen beschließen, dass dem Vorstand für seine Tätigkeit eine angemessene Vergütung gewährt wird.

§ 3 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der Verein hat:

- a) aktive Mitglieder
- b) passive Mitglieder (Fördermitglieder)
- c) Ehrenmitglieder

2. Zur Aufnahme ist die schriftliche Anmeldung erforderlich. Bestandteil der Aufnahme ist das Einverständnis, die Vereinsbeiträge und Gebühren im Lastschriftverfahren einziehen zu dürfen. Mitglied können alle Personen werden, die sich in geordneten Verhältnissen befinden, die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bejahen und über einen guten Leumund verfügen. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Bei Ablehnung des Antrags ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe der Ablehnung mitzuteilen. Sollte binnen 6 Wochen der Antrag nicht zurückgewiesen sein, gilt er als angenommen.

3. Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält ein Mitgliedsbuch des Südbadischen Sportschützenverbandes e.V. mit Lichtbild, sowie eine Satzung der Schützengesellschaft Blumberg 1911 e.V. zum Selbstkostenpreis. Das neu

aufgenommene Mitglied verpflichtet sich durch seine Beitrittserklärung die Satzung des Vereins anzuerkennen und zu beachten.

4. Mitglieder, die sich um den Verein besondere Verdienste erworben haben, können auf Vorschlag des Vorstandes, von der Hauptversammlung, durch Mehrheitsbeschluss, zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder haben freien oder ermäßigten Zutritt zu allen Veranstaltungen. Ausnahmen werden durch Vorstandsbeschluss bestimmt.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Verein nach besten Kräften zu fördern, und die von der Vereinsleitung zur Aufrechterhaltung des Schießbetriebes erlassenen Anordnungen zu befolgen.

Mitglieder, die nach dem Waffen-Gesetz im Besitz einer waffenrechtlichen Erlaubnis (Waffenbesitzkarte, Jagdschein) sind, müssen aktive Mitglieder sein. Wenn ein passives Mitglied eine Waffenbesitzkarte erlangt wird es automatisch aktives Mitglied. Aktive Mitglieder zwischen 18 und 60 Jahren müssen die in der Beitrags- und Gebührenordnung festgelegten Arbeitsstunden oder von dem Vorstand genehmigte Ersatzleistungen erbringen.

Aktive Mitglieder die eine WBK besitzen sind verpflichtet an den Vereinsmeisterschaften teilzunehmen.

Mitglieder welche die Vereinsbeiträge nach Fälligkeit, trotz Aufforderung, nicht innerhalb einer Frist von einem Monat bezahlen, können aus dem Verein ausgeschlossen werden.

Ehrenmitglieder genießen alle Rechte der ordentlichen Mitglieder. Ehrenmitglieder sind vom Jahresbeitrag befreit. Jedes Mitglied über 18 Jahre besitzt Stimm- und Wahlrecht.

§ 6 Erlöschen der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod oder durch schriftliche Austrittserklärung zum Ende des Kalenderjahres, mit einer Frist von drei Monaten. Der Beitrag ist bis zum Erlöschen der Mitgliedschaft zu bezahlen. Alle bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Verein werden durch die Beendigung der Mitgliedschaft nicht aufgehoben.

Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise gegen die Interessen des Vereins verstößt, kann es durch Beschluss des Gesamtvorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden. (Vergleiche § 5 Abs. 3) Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende. Der Ausschlussantrag kann von jedem Mitglied bei dem Gesamtvorstand gestellt werden und ist schriftlich zu begründen.

Über die Streichung oder den Ausschluss entscheidet der (Gesamt)- Vorstand mit 2/3 Mehrheit. Vor der Entscheidung ist das Mitglied anzuhören. Die Entscheidung des Vorstandes ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

Gegen den Ausschluss oder die Streichung kann das Mitglied Rechtsmittel einlegen und eine endgültige Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung verlangen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses schriftlich bei dem Gesamtvorstand einzulegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet abschließend, mit einfacher Stimmenmehrheit, über den Ausschluss.

Ausgetretene und ausgeschlossene Mitglieder verlieren jedes Anrecht an den Verein und seine Einrichtungen. Sie haben den Wettkampfpass des Südbadischen Sportschützenverbandes e.V. abzugeben.

§ 7 Beiträge der Mitglieder

Jedes Mitglied bezahlt eine Aufnahmegebühr und den Betrag für nicht geleistete Arbeitsstunden, deren Höhe von der Hauptversammlung in einer Beitrags- und Gebührenordnung festgelegt wird. Der Jahresbeitrag wird im Monat Januar eines jeden Jahres vom Verein im Lastschriftverfahren eingezogen.

7.1 Der Erfüllung des Vereinszweckes dienen die Beiträge der Mitglieder, private Spenden, Zuwendungen der öffentlichen Hand und die Erträge des Vereinsvermögens.

7.2 Über die Höhe der Beiträge und ihre Fälligkeit entscheidet die Mitgliederversammlung.

7.3 Der Vorstand kann im Einzelfall auf Antrag Beitragsabweichungen beschließen.

7.4 Schreiben an das Mitglied gelten als zugegangen, wenn sie an die letzte dem Verein bekannte Anschrift erfolgt sind.

7.5 Mit Zugang der Kündigung oder Einleitung des Ausschlussverfahrens ruhen die Rechte des Mitgliedes.

7.6 Die Mitglieder haben es zu gestatten, dass personenbezogene Daten im Rahmen einer ordnungsgemäßen EDV-Verwaltung gespeichert und an Dritte weitergegeben werden.

§ 8 Leitung der Verwaltung

1. Der Vorsitzende leitet die Vereinsgeschäfte und vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

2. Vorstand des Vereins im Sinne des § 26 BGB sind der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende. Beide Vorstandsmitglieder sind jeder für sich allein vertretungsberechtigt. Zu Vorstandsmitgliedern können nur Mitglieder des Vereins gewählt werden.

3. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden = Oberschützenmeister
- b) dem 2. Vorsitzenden = Schützenmeister
- c) dem 3. Vorsitzenden

- d) dem Kassierer = Schatzmeister
- e) dem Schriftführer
- f) dem 1. Sportleiter
- g) dem 2. Sportleiter
- h) dem Sportwart
- i) dem Jugendleiter

4. Dem Sportleiter obliegt es, dem Verein Fachreferenten für die einzelnen Disziplinen vorzuschlagen. Diese werden vom Vorstand für die Dauer von zwei Jahren eingesetzt. Die Fachreferenten sind keine Mitglieder des Vorstandes.

5. Der Vorstand wird von der Hauptversammlung auf jeweils zwei Jahre im Wechsel gewählt, und zwar in geraden Jahren **a – c – e – g - i** und in ungeraden Jahren **b – d – f – h**. Die Vorstandsmitglieder bleiben bis zur Wahl ihrer Nachfolger im Amt. Ersatzwahlen gelten jeweils nur bis zum Ende der laufenden Wahlperiode.

6. Dem Vorstand obliegt es, die Veranstaltungen des Vereins festzulegen, sowie einzelnen Mitgliedern oder Kommissionen bestimmte Aufgaben zuzuweisen. Er entscheidet in allen in der Satzung vorgesehenen Fällen. Die Sitzung wird vom 1. Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung vom 2. Vorsitzenden geleitet. Über die Sitzungen und Beschlüsse wird vom Schriftführer Protokoll geführt, das vom Sitzungsleiter gegenzuzeichnen ist.

§ 9 Kassenprüfung

Die Hauptversammlung wählt für die Dauer von zwei Jahren zwei Kassenprüfer. Sie haben vor dem Rechnungsabschluss eine ordentliche Kassenprüfung durchzuführen und darüber in der Hauptversammlung Bericht zu erstatten.

§ 10 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung soll in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres durchgeführt werden. Sie wird vom 1. Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung vom 2. Vorsitzenden einberufen und geleitet. Die Einladung soll spätestens zwei Wochen vorher schriftlich unter Mitteilung der einzelnen Punkte der Tagesordnung erfolgen.

Eine Einladung in elektronischer Form (E-Mail, Homepage) ist ebenfalls zulässig.

1. Die Tagesordnung soll folgende Punkte enthalten:

- a) Bericht des Vorsitzenden und seiner Mitarbeiter über das abgelaufene Geschäftsjahr
- b) Entlastung des Gesamtvorstandes, etwa anfallende Wahlen des Vorstandes und der Kassenprüfer
- c) Genehmigung des Haushaltsplanes
- d) Satzungsänderungen
- e) Verschiedenes

2. Anträge zur Hauptversammlung können nur berücksichtigt werden, wenn der Antrag mindestens eine Woche vor der Versammlung schriftlich dem 1. Vorsitzenden vorliegt.

3. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Mitglieder, die am Tage der Hauptversammlung, trotz Mahnung, ihren Jahresbeitrag nicht entrichtet haben, haben bei der Hauptversammlung kein Äußerungs- und Stimmrecht.

Über jede Hauptversammlung ist ein Protokoll zu führen, welches vom Versammlungsleiter und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist und steht den Mitgliedern zur Einsicht zur Verfügung.

§ 11 Außerordentliche Hauptversammlung

Der Vorsitzende kann jederzeit eine außerordentliche Hauptversammlung mit einer Frist von zwei Wochen einberufen.

Der Vorsitzende muss eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, wenn dies von mindestens einem Drittel der stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe eines Grundes verlangt wird.

Die außerordentliche Hauptversammlung hat die gleichen Befugnisse wie die ordentliche Hauptversammlung.

Für die Durchführung gelten die gleichen Bestimmungen wie in § 10.

§ 12 Jugendordnung

Jugendordnung des Vereins ist die jeweils aktuelle Jugendordnung des Südbadischen Sportschützenverbandes e.V., Offenburg, sinngemäß angewandt für die Schützengesellschaft Blumberg 1911 e.V.

§ 13 Beschlussfassung

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthalten gelten als ungültige Stimmen.

Die Beschlüsse sind zu Beweis Zwecken zu protokollieren sowie vom Schriftführer und vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen.

Zur Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Wird eine Satzungsbestimmung, welche eine Voraussetzung der Anerkennung der Gemeinnützigkeit berührt, geändert, neu eingefügt oder aufgehoben, so ist das zuständige Finanzamt zu benachrichtigen.

Zur Auflösung bzw. Verschmelzung des Vereins, ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Eine Auflösung bzw. Verschmelzung des Vereins ist nicht möglich, wenn sich mindestens 7 Mitglieder entschließen ihn weiterzuführen. Die Auflösung bzw. Verschmelzung des Vereins

kann nur in einer Hauptversammlung beschlossen werden, deren Tagesordnung eine Beschlussfassung hierüber ankündigt.

Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung von drei Vierteln aller Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder kann schriftlich erfolgen.

§ 14 Datenschutz

Personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder werden im Verein gespeichert, übermittelt (Bekannt gegeben an Dritte) und verändert im Sinne des jeweiligen gültigen Datenschutzgesetzes.

§ 15 Auflösung des Vereins

Im Falle der Auflösung des Vereins ist dessen Vermögen mit Zustimmung des Finanzamtes treuhändig auf die örtliche Gemeindeverwaltung zu übertragen, mit der Auflage, es, im Falle einer Neugründung eines gemeinnützigen Schützenvereins, diesem wieder zur Verfügung zu stellen.

§ 16 Gültigkeit dieser Satzung, Schlussbestimmungen

1. Diese Satzung wurde durch die Hauptversammlung am 16.01.2010 beschlossen.
2. Diese Satzung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.
3. Alle bisherigen Satzungen des Vereins treten zu diesem Zeitpunkt damit außer Kraft.

Blumberg, den 16.01.2010